

Finanzplatz Schweiz und Obama

Die Kritik an den USA kommt jetzt von rechts

Privatbankier Konrad Hummler hat diese Woche mit einer fulminanten USA-Schelte die Konsequenzen aus dem Steuerstreit zwischen Washington und Bern gezogen. Seine Schlussfolgerung: Der amerikanische Rechtsimperialismus sei eine Gefahr für den Finanzplatz Schweiz; deshalb werde er alle geschäftlichen Kontakte mit den USA kappen. Antiamerikanismus ist, wie Hummlers Philippika zeigt, nicht mehr an weltanschauliche Lager gebunden. Das war bis 1989 noch anders: Während die Linke die USA verdammt, wurden sie von der Rechten verklärt. Mit dem Ende des Kalten Kriegs ist auch diese Gewissheit untergegangen. Erstmals spürbar wurde dies rund um die Affäre um die nachrichtenlosen Vermögen. Mit den neuen Attacken auf den Finanzplatz Schweiz läuft jetzt eine zweite Welle des bürgerlichen Antiamerikanismus an. Sie ist Ausdruck dafür, wie sehr sich die Beziehungen zwischen den beiden Ländern versachlicht haben. An die Stelle des ideologischen Überschwangs ist die nüchterne Kosten-Nutzen-Analyse getreten: Lohnt es sich für eine Schweizer Firma noch, sich den Tücken des US-Justizsystems auszusetzen? Manche Firma gerade im Finanzsektor wird diese Frage heute mit Nein beantworten; Grosskonzerne dagegen dürften zum Schluss kommen, ohne den Markt USA nicht existieren zu können, selbst wenn ihnen die Regierung Obama das Leben schwer macht. Doch diese wird ja nicht ewig an der Macht sein. Gerade in Washington ist nichts beständiger als der Wandel. So gesehen sind die US-Wähler die besten Verbündeten von Konrad Hummler. (fem.)

Bundratswahlen

Es braucht eine welsche Debatte zur Sprachenfrage

Die Kandidaten der FDP und der CVP für die Nachfolge Pascal Couchepins im Bundesrat stehen fest. Mit dem Neuenburger Didier Burkhalter und dem Genfer Christian Lüscher treten für die FDP zwei eindeutige Welsche an. Und die CVP wird am 8. September Ständerat Urs Schwaller auf den Schild heben, einen Deutschsprachigen aus dem Westschweizer Kanton Freiburg. Damit ist die Schlussphase des Wahlkampfes eingeläutet. Sie wird auch die Sprachendebatte wiederaufleben lassen. Hoffentlich.

Dass die Romandie Anspruch auf zwei Sitze in der Landesregierung hat und dass sie ihn bei dieser Ersatzwahl einlösen kann, darf dabei niemand in Zweifel ziehen. Ob aber auch der CVP-Kandidat Schwaller diesen berechtigten Anspruch einlösen kann, ist eine andere Frage. Darf ein Deutschfreiburger, der wohl perfekt Französisch spricht, nicht aber auf Französisch träumt, auf dem frei werdenden Sitz der Romandie Platz nehmen? Deutschschweizer – und Tessiner – sollen sich hüten, diese Frage zu beantworten. Die Antwort muss aus der Romandie kommen. Nur: Bisher hat die Deutschschweiz kein klares Signal aus der Westschweiz erhalten. Jetzt bietet sich ein letztes Mal die Gelegenheit, die Debatte zu führen. Denkbar, dass die Meinungen geteilt bleiben. Gehen die Romands der Debatte aber aus dem Weg, können sie der Deutschschweizer Mehrheit später auch nicht vorwerfen, die Ansprüche der Minderheit ignoriert zu haben. Wer dann den Sprachenkrieg ausruft, müsste sich selber vorwerfen lassen, den nationalen Zusammenhalt leichtfertig aufs Spiel zu setzen. (gmü.)

Ted Kennedy

Gestorben als Staatsmann

Es gab jahrelang keinen liberaleren (also: linken) US-Senator als Ted Kennedy, der zudem seine Positionen stets stolz verfocht. Umso erstaunlicher erscheint die tiefe Anteilnahme an seinem Tod bis weit in konservative Kreise hinein. Das mag mit dem immer noch magischen Namen Kennedy zu tun haben. Aber auch mit dem politischen Talent und der Klugheit des Verstorbenen, die ihn zur allseits respektierten Figur im Senat machten. All dies war ihm nicht von Anfang an gegeben. Als Jüngster eines Clans, in dem es nur Platz für Sieger hatte, fiel er auf als Schulversager, Frauenheld und Trinker. Er hatte da Ähnlichkeit mit einem anderen unterschätzten Tunichtgut aus gutem Haus – mit George W. Bush. Der brachte es zwar bis zum Präsidenten, wurde aber am Ende von den eigenen Parteigängern gemieden. Bei Ted Kennedy war das umgekehrt. Und politisch hat er wohl letztlich so viel bewirkt wie sonst keiner aus seiner ehrgeizigen Familie. (tis.)

Chappatte



Leichtathlet Usain Bolt rennt auf den kurzen Distanzen schneller als alle anderen.

Der externe Standpunkt

Fünfzig Spitäler sind genug! Die Frage ist bloss: Welche?

Die Kosteneindämmung im Gesundheitswesen erzwingt die Schliessung von Spitälern. Doch diese muss im Wettbewerb um Preise und Qualitäten stattfinden, schreibt Willy Oggier

Verschiedene Experten sagen es. Manche Kassenbosse fordern es. Und im Grunde genommen wäre ihnen zuzustimmen: 50 Spitäler in der Schweiz sind genug. Nur: Das würde bedingen, dass man diese 50 Spitäler neu bauen könnte. Doch die Spitäler sind gebaut. Zudem: Wenn Spitalschliessungen im Kanton Aargau etwas bringen, muss dies für den Kanton St. Gallen noch lange nicht gelten. Denn Spitalschliessungen dürfen nie losgelöst von der Frage beurteilt werden, wo die verbleibenden Patienten künftig behandelt werden.

Schnell wird der Ruf laut, man solle die kleinen Spitäler schliessen. Doch damit schießt man am Ziel vorbei. Viele Privatspitäler hierzulande wären von der Grösse her als klein zu bezeichnen – und trotzdem schaffen sie es, sich teilweise hervorragend am Markt zu positionieren. Was machen private besser als öffentliche Spitäler? Sie können sich klarer und konsequenter auf bestimmte Bereiche konzentrieren und damit auch bei kleiner Betriebsgrösse eine angemessene Anzahl Patienten qualitativ gut und kosteneffizient behandeln, um Gewinne zu schreiben. Vor allem aber: Sie können viel besser agieren, weil sie über mehr unternehmerische Freiheiten verfügen als die öffentlichen Spitäler. Wenn ein öffentliches Spital in einem neuen Bereich tätig werden will und das Privatspital daneben auch, dann dürfte das Privatspital in der Regel den Tag der offenen Tür schon durchgeführt haben, bevor die Investitionsvorlage des öffentlichen Spitals von den zuständigen parlamentarischen Gremien beraten worden ist.

Dieser Zustand ist unbefriedigend, aber er dürfte sich dem Ende zuneigen. Grosse Hoffnungen ruhen dabei auf der neuen Spitalfinanzierung, die ab 1. Januar 2012 schweizweit umgesetzt werden soll. Diese Neuregelung will Preise für Leistungen bezahlen statt einfach Kosten abgelten. Die Kantone werden nicht mehr nur für Behandlungen in öffentlichen, sondern auch in privaten Institutionen Beiträge zu entrichten haben, wo die-

se auf die Spitalliste gesetzt werden. Damit soll es mehr Wettbewerb zwischen öffentlichen und privaten Spitälern geben.

Sollen öffentliche Spitäler auf solche Situationen flexibel reagieren können und damit auch über ähnliche Wettbewerbsbedingungen wie private Anbieter verfügen, sind die öffentlichen Spitäler konsequent zu verselbständigen. Dabei reichen die meisten der bisher in den Kantonen vorgenommenen Verselbständigungen nicht aus, weil sie in der Form von Betriebsgesellschaften vollzogen worden sind. Wenn die künftige Abgeltung inklusive der Investitions-Amortisation erfolgt, sind den öffentlichen Spitälern auch Kompetenzen und Verantwortungen zu übertragen, damit sie frei über die Investitionen verfügen können.

Im Rahmen der neuen Abgeltung braucht es folglich eine minimale Anzahl Fälle, um die Investitionen rechtzeitig amortisieren zu können. Die einheitliche Tarifstruktur ermöglicht zudem vermehrte Transparenz und damit auch vermehrte Vergleiche. Im Rahmen spezialisierter und hochspezialisierter Versorgung dürfte auch die Schnelligkeit von besonderer Bedeutung sein, mit der Institutionen auf Innovationen beziehungsweise neue

Herausforderungen reagieren und sich damit einen Wettbewerbsvorteil verschaffen können.

Unsere Tarifstruktur wird ausgehend von dem in Deutschland seit über fünf Jahren angewendeten System entwickelt. Der Vorsitzende des Vorstands des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf, Prof. Dr. Jörg F. Debatin, formulierte an einem Seminar mit schweizerischen Spitaldirektoren die Herausforderungen des neuen Abgeltungsmodells mit den Worten: «Unter der neuen diagnosebasierten Vollpauschale fressen nicht die Grossen die Kleinen, sondern die Schnellen die Langsamen.» Früher habe die Devise gelautet: «Wir sind ein Universitätsspital, wir machen alles, und wir können alles.» Heute gelte die Devise: «Wir machen nur noch das, was wir besser können als andere. Und dort, wo wir nicht so gut sind, kooperieren wir mit jenen, die es besser können.»

In einem solchen Entschädigungs-System wird es also nicht in erster Linie darum gehen, Spitalgrössen zu betrachten, sondern Leistungspektren. Deshalb dürfte dieser Weg auch zielführender sein: In Deutschland gibt es heute kaum mehr ein Spital, das nach der Einführung dieses Systems noch über die gleiche Angebotsstruktur verfügt wie vor fünf Jahren. Sicher: Das System gibt keinem Spital eine Existenzgarantie, allfällige Spitalschliessungen werden dann aber anhand eines regulierten Wettbewerbs um Preise und Qualitäten stattfinden. Das System hat in Deutschland Anpassungsdruck auf die Spitäler und Druck auf das Spitalpersonal gebracht. Das war nötig und ist in der Schweiz auch nötig, denn der Anteil unseres Gesundheitswesens, der über Zwangsabgaben finanziert wird, beträgt fast 60 Prozent.

Die einzige Gefahr besteht darin, dass in der Schweiz wegen der hohen Regulierungswut der nötige ökonomische Druck über Jahre, wenn nicht Jahrzehnte abgemildert wird. Dann sollten sich Spitäler nicht wundern, wenn wieder die dirigistische Guillotine der Spitalschliessungen droht.

Willy Oggier



Willy Oggier, 43, ist Inhaber der Firma Willy Oggier Gesundheitsökonomische Beratungen AG in Küsnacht im Kanton Zürich. Bis 1996 war der promovierte Volkswirtschaftler an der Hochschule St. Gallen tätig. Oggier gehört heute zu den führenden Gesundheitsökonomien der Schweiz.